

Kein Krieg gegen die Kurden - Schluss mit der Militäroffensive!

Seit vergangener Woche Mittwoch, dem 17.08.2011, führt das türkische Militär eine erneute Militäroffensive gegen die kurdische Bevölkerung. Der Anlass war ein Angriff auf einen türkischen Militärkonvoi, bei dem nach Angaben der Regierung zwölf türkische Soldaten starben. Zwar bekannte sich weder die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), noch eine andere Gruppe zu diesem Zeitpunkt zu dem Angriff. Dies hinderte Erdogan, den türkischen Premier, jedoch nicht daran, am vergangenen Mittwoch einen umfassenden Vergeltungsschlag anzukündigen.

Seitdem fliegt das türkische Militär Luftangriffe mit Helikoptern und Flugzeugen auf vermeintliche Stellungen der PKK im Nordirak! Nach Angaben der Medien kamen dabei bislang 100 Kurden ums Leben, 80 weitere wurden verletzt. Stolz gab das Militär bekannt, dass es 79 Verstecke und 18 Höhlen zerstört hätte. Keine Rede war von der dabei verursachten Tötung von Nutzvieh, Zerstörung von Infrastruktur und dem Inbrandsetzen von Wäldern! Zum 31. August, dem Ende des Ramadan soll die Militäroffensive weiter ausgedehnt werden.

Während hierzulande die Medien darüber berichten, dass in dem Konflikt, der seit 1984 andauert, 40'000 Menschen ums Leben kamen. Scheinen die meisten zu vergessen, warum es ihn gibt!

Süd - Ostanatolien, in dem ein großer Teil der kurdischen Ethnie lebt, ist einer der wirtschaftlich schwächsten Teile der Türkei. Während den Kurden das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt wird, ist das Militär eine dauerhaft präsente Kraft. Verhaftungen gegen Oppositionelle, Parteienverbote und Schikanen sind keine Seltenheit. So kam es in den letzten Tagen zu erneuten Verhaftungen, auch von Mitgliedern der legalen kurdischen Parteien, wie der BDP. Im Zusammenhang mit der Offensive ist auch eine weitere Ausdehnung der Verhaftungen zu erwarten!

Auch die Handhabe der EU, die Organisationen wie die PKK willig auf ihre

„Anti-Terrorliste“ gesetzt hat, zeigt, wie sie es tatsächlich mit Demokratiebestrebungen in der Türkei meint.

Sie unterstützt das Militärregime in den kurdischen Gebieten.

Wir hingegen solidarisieren uns entschlossen mit der kurdischen Bevölkerung, gegen die Militäroffensive des türkischen Militärs und der Regierung!

- Schluss mit der Militäroffensive! Militär raus aus den kurdischen Gebieten!
- Freiheit für alle politischen Gefangenen, kurdische, wie türkische!
- Weg mit den Partei- und Organisationsverboten! Streicht Organisationen, wie die PKK von der „Anti-Terrorliste“!
- Für eine gemeinsame Bewegung der kurdischen und türkischen Arbeiterklasse und Jugend gegen das türkische Militär und den bürgerlichen türkischen Staat!
- Für das Recht auf Selbstbestimmung der kurdischen Bevölkerung, wenn sie es einfordert! 

Auf Regierungskurs - Anti-Semitismus-Debatte in der Linkspartei

Wir dokumentieren hier einen Artikel der Gruppe Arbeitermacht, unserer Partnerorganisation, zu den Diskussionen über und innerparteilichen Kämpfen in der Partei die LINKE, um die Position zu dem rassistischen Apartheidsstaat Israel, der in der NI (neuen Internationale), der Zeitung der GAM, sowie in ihrer Infomail veröffentlicht wurde.

Vordergründig bildet eine „wissenschaftliche Studie“ den Anlass für die aktuelle Debatte in der Linkspartei. Samuel Salzborn und Sebastian Voigt legen darin dar, was für sie „Antisemitismus“ in der Linkspartei ist. Dabei ging es um die Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Höger, Paech und Groth an der letztjährigen Gaza-Hilfs-Flotte und um Boykottaufrufe gegen Waren aus den besetzten Gebieten.

Diese aktuellen Vorwürfe reihen sich in die konsequent pro-zionistische Richtung des Vorstands um Gysi, Kipping, Ramelow, Bartsch u.a. ein. Das ideelle Fundament für diese Kampagne legte Fraktionschef Gysi bereits vor Monaten, als er in einem Grundsatzpapier über die Staatsräson der BRD fabulierte und dabei klar stellte, dass speziell die deutsche Linke Israel immer zu unterstützen hätte und gleichzeitig der Antiimperialismus der Vergangenheit angehören würde.

Als direkte Antwort auf die „Studie“ – wissenschaftlichen Anforderungen hält das Machwerk nicht stand – betreibt der Vorstand nun eine politische Kampagne gegen den linken Flügel. So entschieden der Vorstand am 21. Mai und die Fraktion am 22. Mai, welche Aktivitäten Mitglieder und Funktionsträger einzustellen hätten:

„Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer „Gaza-Flottille“ beteiligen. Wir erwarten von unseren persönlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Fraktionsmitarbeiterinnen und Fraktionsmitarbeitern, sich für diese Positionen einzusetzen.“

Diese Vorwürfe und die folgende Debatte waren ein gefundenes Fressen für die bürgerlichen Parteien und die Medien, speziell der linke Flügel in der Linkspartei, die Abgeordneten Buchholz und Höger wurden scharf angegriffen. Sogar eine „Aktuelle Stunde“ im Bundestag wurde genutzt, um diesen Flügel zu denunzieren.

Gerade die außerparlamentarischen Linken müssen jetzt solidarisch mit diesem Flügel der Linkspartei sein. Wir müssen zeigen, dass wir uns nicht als

„Antisemiten“ abstempeln lassen und es auch andere politische Wahrheiten gibt, als die Konstrukte von Gysi, von „Konkret“ oder „Jungle World“.

Antizionismus gleich Antisemitismus?

Mit diesem Slogan (ohne Fragezeichen) führen die „Antideutschen“ seit nunmehr knapp 20 Jahren eine Kampagne gegen die antiimperialistische Linke. Diese politische Strömung, die Antizionismus mit Antisemitismus gleichsetzt, hat inzwischen in der Linkspartei und in den DGB-Gewerkschaften an Einfluss gewonnen. In der Linkspartei und in solid gibt es den antideutschen Bundesarbeitskreis Shalom und diverse pro-zionistische Gruppen, Plattformen und Medien, welche ein Bündnis mit dem rechten Flügel der Linkspartei eingegangen sind. Er verteidigt die bürgerlich-nationalistische Ideologie des Zionismus und bezieht sich positiv auf Israel und die USA, die für Demokratie und gegen den reaktionären Islamismus kämpfen würden.

Der Zionismus ist eine europäische verspätete nationalistische Ideologie, die von Th. Herzl begründet wurde. Sie sieht die Juden nicht nur als Religionsgemeinschaft, sondern als Volk und Nation, wobei die Klassendifferenzierung negiert wird. Im Unterschied etwa zum jüdischen BUND in Russland, der den Kampf der Juden gegen Unterdrückung als Teil des Befreiungskampfes des Proletariats ansah, war der Partner des Zionismus zur Durchsetzung seiner Ziele der Imperialismus. Dieser sollte die „Befreiung“ der Juden bewerkstelligen, indem er ihnen einen eigenen Staat „gab“. Der Kampf für den Sozialismus wurde ersetzt durch die Flucht in einen eigenen – bürgerlichen – Staat: Israel. Dieser war aber nur erreichbar, indem Millionen Nichtjuden, die in dieser Region lebten, vertrieben, getötet und unterdrückt wurden und werden.

Für die internationalistische Linke war stets entscheidend, den Widerspruch zwischen den Klassen hervorzuheben, zwischen Kapital und Proletariat. Die nationale Spaltung lag immer im Interesse des Kapitals, den internationalistischen antiimperialistischen Kampf dagegen zu organisieren

war immer das Interesse einer revolutionären Klassenpolitik. Daraus ergibt sich, dass InternationalistInnen gegen jede Form nationaler Unterdrückung kämpfen und den Befreiungskampf der Unterdrückten – also in diesem Fall der PalästinenserInnen – unterstützen.

Die Antideutschen bekämpfen dies. Zum einen lehnen sie die Klassenanalyse ab. Der deutsche Staat wird allein über die Taten des deutschen Faschismus definiert, seine Klassen seien nicht existent oder jedenfalls nicht wirklich relevant. Allein die „Volksgemeinschaft“ der Nazis sei bis heute bestimmend, deswegen könnte es keine progressive Rolle der deutschen Arbeiterklasse geben, da diese „strukturell“ antisemitisch sei und bleiben müsse.

Israel wird als Staat definiert, in dem anscheinend keine Klassenwidersprüche wirken oder jedenfalls vernachlässigbar sind. Israel wird allein als Folge der Shoa definiert, weswegen alle Linken diesen kapitalistischen Staat verteidigen müssten. In dieser Ideologie gibt es daher auch einen „progressiven“ Imperialismus: die USA. Diese hätte den deutschen Faschismus besiegt und ist heute Israels Schutzmacht. Daher treten die Antideutschen auch für jeden Krieg des US-Imperialismus ein und rechtfertigen sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen des israelischen Staates.

So wird der reaktionäre, rassistische Charakter des israelischen Staates negiert. Seine wirkliche Funktion und eigentliche Existenzgrundlage – Brückenkopf des US-Imperialismus und seiner Verbündeten – im Nahen Osten zur Beherrschung des arabischen Raums wird hinter einer Ansammlung von Geschichtsmythen verschleiert.

Mit der Ablehnung von Klassenbegriff, von Antiimperialismus und Internationalismus finden die Antideutschen auch leicht Freunde in den reformistischen Apparaten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass sich die „Regierungssozialisten“ aus Berlin, Brandenburg, die Gysi und Co. in der Linkspartei jetzt dieser ideologischen Waffen bedienen, um zum Schlag gegen die InternationalistInnen in der Partei auszuholen. Jetzt sollen sich „Linke“ nicht mehr für die Ein-Staaten-Lösung einsetzen dürfen, nein, sie müssen die aggressive Besatzungspolitik des Zionismus unterstützen, d.h. es

muss einen ethnisch definierten zionistischen Staat geben und ein abgeäuntes Reservat für die PalästinenserInnen.

„Linke“ dürfen noch nicht einmal an der „Gaza-Flotte“, die humanitäre Hilfsgüter transportiert und die menschenverachtende Hungerblockade des Gaza-Streifen in Frage stellt, teilnehmen. Im letzten Jahr hatten diese AktivistInnen 9 Tote zu beklagen, als das israelische Militär die Schiffe stürmte.

Die Parlamentsfraktion begründet ihren Beschluss damit, dass auch offen antisemitische Gruppen an dem Gaza-Bündnis teilnehmen würden. Natürlich gibt es in der arabischen Welt auch Antisemitismus. Es ist aber ein politischer Skandal, dass von Seiten der pro-zionistischen Linken praktisch jede Solidaritäts-aktion mit dem unterdrückten palästinensischen Volk verleumdet wird, indem ihr in die Schuhe geschoben wird, sie würde sich mit Anti-Semiten und sonstigen Reaktionären gemein machen. Die Parlamentsfraktion macht sich diese Denunziantenmache zu eigen.

Was ist am Boykott falsch?

Als letztes Totschlag-Argument gilt die Frage des Boykotts israelischer Waren aus den Besatzungsgebieten, wie ihn die israelische Linke seit Jahren betreibt. Wenn hier auf die deutsche Geschichte und den Boykott der Nazis gegen jüdische Geschäfte verwiesen wird, so ist das einfach Demagogie. Als Linke sind wir nicht solidarisch mit reaktionären Besatzungsregimen, wir sind nicht solidarisch mit Überausbeutung und quasi Zwangsarbeit, wie sie die Palästinenser in den besetzten Gebieten für das israelische Kapital leisten müssen.

Natürlich ist ein Boykott nur ein Mittel, um dies zu bekämpfen. Entscheidend sind dafür Massenaufstände wie die Intifadah, Aktionen und Streiks der palästinensischen Arbeiterklasse wie gemeinsame Kämpfe israelischen und palästinensischen anti-zionistischen AktivistInnen und Lohnabhängigen.

Vorstand und Fraktion der Linkspartei geht es aber längst nicht um internationale Solidarität. Sie wollen vielmehr die Partei endgültig für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene empfehlen, indem sie sich zentrale

Prämissen der deutschen imperialistischen Außenpolitik zu eigen machen. Dazu gehören Militäreinsätze der UNO, vielleicht auch der NATO, wenn die UNO dabei ist – und die bedingungslose Unterstützung Israels.

Dies ist ein Einfallstor, die letzten verbliebenen Positionen und “Vorbehalte” der LINKEN gegen offen pro-imperialistische Politik zu schleifen. Daher ist die Solidarität mit den InternationalistInnen in der Fraktion Pflicht.

Einfach skandalös aber ist dabei wieder einmal das Verhalten der „KommunistInnen“ um Sarah Wagenknecht, die den realen Konflikt – wie schon früher jede ernsthafte Differenz in der Linkspartei – zugunsten von „Neutralitätsbeschlüssen“ und des lieben Friedens Willen umgehen will. Ob diesen GenossInnen das „kommunistische“ Gewissen fehlt, sei dahin gestellt; dass ihnen der Arsch in der Hose fehlt, ist jedenfalls sicher.

Solidarität mit den Antiimperialisten

in der LINKEN bedeutet aber zugleich auch Kritik an deren Verhalten. So war es sicher taktisch mindestens ungeschickt, vor der Abstimmung über Gysis Antrag den Saal zu verlassen, anstatt dagegen zu stimmen, was u.U. den Beschluss sogar verhindert hätte.

Das Argument, dass solcherart die bürgerlichen Medien und Parteien Futter für eine weitere Skandalisierung der Linkspartei erhalten hätten, ist kurzsichtig. Der rechte Flügel und große Teile des Zentrums der Partei wollen mit ihrer öffentlichen Denunziation der Linken das Kräfteverhältnis weiter nach rechts verschieben. Daher ist jedes politische Versteckspiel aussichtslos und unsinnig.

Generalstreik in Griechenland –

Wie kann das Kapital geschlagen werden?

Wiedereinmal traf die Wut der Massen, die Straßen von Athen. Dies drückte sich in einem 48 stündigen Generalstreik gegen die rigide Sparpolitik aus, die das ganze Land bedroht.



Um sich den „Rettungsmaßnahmen“ von EU und IWF zu fügen, stimmte das griechische Parlament über die Annahme eines weiteren Kürzungspaketes ab. Diesmal sollen sich die Kürzungen auf 40.5 Milliarden Dollar belaufen.

Aber ähnlich wie in Irland, scheinen die Sparmaßnahmen keine Wirkung auf das nationale Kredit-rating zu zeigen. Die Ratingagentur Standard&Poor hat Griechenland erst vor Kurzem auf die Kreditwürdigkeit „CCC“ gestuft – die schlechtest mögliche überhaupt – sogar schlechter als Pakistan und Jamaika.

Der Generalstreik, der vom 28-29. Juni andauerte, brachte hunderttausende von Gewerkschafter_innen, Jugendlichen, Familien und Gemeinden auf die Demonstrationen. Doch es ist bereits der 10. Generalstreik dieser Art in Griechenland seit Ausbruch der Krise.

Sicherlich ist das nicht überraschend. Die griechische Wirtschaft ist in heillosem Chaos versunken, Arbeiter_Innen, Jugendliche und die Armen zahlen die Hauptlasten der Krise. Die Arbeitslosigkeit liegt über 15 Prozent, Löhne im öffentlichen Dienst wurden bereits vor den, am 30. Juni beschlossenen, Maßnahmen um 25 Prozent gekürzt. Außerdem wurde die wöchentliche Arbeitszeit massiv erhöht.

Die Wut wächst...

✘ in allen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft. Von den Protesten berichtend, sagte der „Newsnight“ Moderator Paul Mason, dass die privaten Medien in Griechenland immer mehr unter ungewohnt harter Kritik

für ihre Massenpropaganda stünden, die darauf abzielt den Menschen einzureden, dass Kürzungen und weiteres Elend die einzige Lösung seien.

Die griechische Gesellschaft ist wütend über die „sozialistische“ Regierung Papandreous (die PASOK, aus der sich die Regierung formiert, ist gemeinsam mit Parteien, wie der SPD in der reformistischen zweiten Internationale) die ihr Versprechen gebrochen hat, die Steuern nicht zu erhöhen und weite Gebiete des öffentlichen Dienstes nicht zu privatisieren.

Außerdem sind sie über Länder wie Großbritannien und speziell Deutschland wütend, deren Regierungen die Forderungen nach mehr Sozialkürzungen im Austausch gegen EU „Rettungspakete“ anführen. Trotzdem zeigen die Protestierenden Solidarität mit anderen Anti- Krisen- und Anti-Kürzungs-Bewegungen überall in Europa. Junge Protestler_innen übernehmen die Forderungen der kürzlich entstandenen jugendlichen spanischen Protestbewegung, die Stadtzentren in Zelten besetzte um Arbeitsplätze zu fordern.

Der Kapitalismus bietet keine Lösung

Der Generalstreik zeigt die anhaltende Entschlossenheit der griechischen Jugend und der Arbeiterklasse, gegen die Kürzungen zu kämpfen. Vor allem, weil sie wissen, dass die Alternativen der EU und des IWF das Leben für jeden zur Hölle machen würden. Einer der so genannten „sozialistischen“ Minister ist zurückgetreten, weil er sich weigerte für die Kürzungen zu stimmen.

Allerdings werden manche Fakten überdeutlich. Der offensichtlichste ist, dass eintägige oder befristete Generalstreiks, selbst zehn eintägige Generalstreiks nicht ausreichend sind, um die Attacken in Griechenland zu verlangsamen oder zu stoppen.

Das rührt daher, dass die Krise in Griechenland so schwerwiegend ist, dass die kapitalistischen Lösungsansätze, seien es die der Monetaristen oder die der Keynesianer, einfach nicht die Situation in den Griff bekommen, ohne Millionen von Griechen in absolutes Elend zu stürzen.

Der Griechische Premierminister hat nun aufgrund des Streiks und der gewaltsamen Zusammenstöße seinen Rücktritt angeboten, um einer „Regierung der nationalen Einheit“ den Weg frei zu machen.

Dem Klassenkampf eine Perspektive weisen!



Nun gibt es die absolute Dringlichkeit eines unbegrenzten Generalstreiks: nicht um Verhandlungen zu erzwingen, oder die für die Kürzung Verantwortlichen in der Regierung zu stürzen – dies würde nichts an der Grundlegenden Situation ändern. Sondern um die gesamten kapitalistischen Angriffe niederzuringen, die nationale Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle zu kollektivieren und schlussendlich den Kapitalismus als System an sich zu stürzen.

Doch dafür ist es unerlässlich, dass die klassenkämpferische Linke in Griechenland in eine gemeinsame Diskussion tritt, mit welchem Programm dies bewerkstelligt werden kann. Gerade die zersplitterte Linke in Griechenland wird in der momentanen Verfassung nicht in der Lage sein, die Angriffe des Kapitals zurückzuschlagen, so militant und entschlossen sie auch auf der Straße kämpfen mag.

Diese Aufgabe kann nur eine neuen zu schaffende revolutionäre Partei angehen, die für den Sturz der Regierung, die Beendigung der Sparangriffe und die Zerschlagung des bürgerlichen Staates, zu Gunsten einer Arbeiterregierung, eintritt!

Merkel bei Obama -

Imperialisten sind sich einig

Am 7. Juni war Angela Merkel in den USA bei Präsident Barack Obama zu Gast. Die beiden verstanden sich laut Medienberichten gut. Merkel bekam die „Freiheitsmedaille“ verliehen – Obama dachte sich wahrscheinlich, wenn er schon den Friedensnobelpreis erhalten hat, dann ist das auch nicht mehr schlimm. Wobei die Medaille bei seiner deutschen Kollegin besser passt – schließlich ist sie eine der weltweit führenden Politikerinnen, die die Freiheit des Kapitals zur Ausbeutung menschlicher und natürlicher Ressourcen vorantreibt.

Doch wichtiger und interessanter ist, was bei den Gesprächen der beiden raus gekommen ist. Die beiden Regierungschefs räumten nämlich ihre Missverständnisse über die Besetzung von Libyen aus. Es wurde deutlich, dass Deutschland sich zwar bei der Abstimmung über die Intervention in Libyen enthalten hat, die Länder sich aber trotz aller imperialistischer Rivalität im Kern einig sind. Obama verzichtete auf ein weiteres Tadeln der Haltung der deutschen Regierung. Merkel versicherte, dass Deutschland den Einsatz voll unterstütze: „Es ist unser gemeinsamer Wille, dass diese Mission erfolgreich ist.“ („Merkel macht in Libyen mit – später“ ; FTD, 8.Juni 2011). Angela machte auch deutlich, dass Deutschland ja nicht ganz unbeteiligt war. So habe der Einsatz deutscher Awacs-Flugzeuge zum Gelingen der Mission beigetragen. Das lobte auch Obama: „Die deutsche Anstrengung hat anderen mehr Raum gegeben, die libysche Bevölkerung zu verteidigen.“ (Ebenda). Er sollte wohl besser sagen: „... die Interessen des imperialistischen Kapitals zu verteidigen.“

Und die liegen in Libyen bekanntlich in erster Linie in der Ausbeutung des Öl. Doch die EU hat noch ein ganz anderes Interesse in dem nordafrikanischen Land. Seit Jahren hat sie eng mit dem Gaddafi-Regime kooperiert, ja hat sogar die Beziehungen massiv ausgebaut. Und zwar zur Abwehr von Flüchtlingen. Libyen sollte die Drecksarbeit für die EU erledigen und die afrikanischen Flüchtlinge bereits dort abwehren. Immer wieder wurde kritisiert, dass es in Libyen noch nicht einmal ein Asylverfahren gab, was bedeutet dass die Menschen noch unwürdiger und vor allem

unkomplizierter zusammengepfercht und abgeschoben werden als in der EU. Doch der EU mit Deutschland an der Spitze war das nicht nur egal, sondern ganz Recht. So wurden 2005 z.B. neben der entsprechenden Ausrüstung zur „Flüchtlingsabwehr“ auch gleich 1000 Leichensäcke mitgeschickt („1000 Leichensäcke, 6000 Matratzen“ ; Süddeutsche Zeitung, 10.April 2008).

Vor diesem Hintergrund ist es nur allzu verständlich, wenn Merkel jetzt versichert, dass ihre Regierung sich vor allem bei dem Aufbau und der Ausbildung der Polizei beteiligen werde. Die Sicherheitskräfte, die jetzt auch die Aufstände niederschossen, werden schon seit langem auch von deutschen Polizisten ausgebildet. So einigen sich Imperialisten: amerikanische und englische Konzerne bekommen das Öl, die EU mit der Führungsmacht Deutschland können schnellstmöglich die Jagd nach den Flüchtlingen wieder eröffnen.

Es ging bei dem Treffen auch um die Krise der EU. Obama drückte seine Bedenken aus, dass sich die Schuldenkrise auf die globale Konjunktur negativ auswirke. Das dürfte Merkel dem Chef des Schuldenweltmeisters gerade zurückgegeben haben. Die beiden unterhalten sich über Länder wie Griechenland wie zwei Raubtiere über ihre frisch erlegte Beute. Wenn sie sich da nicht mal selbst in die Wolle bekommen. Die FTD schreibt: „Es gehe jedoch darum, ein wettbewerbsfähiges Europa aufzubauen, sagte sie (Merkel) mit Bezug auf die harten Reformschritte, die aus deutscher Sicht in Staaten wie Griechenland nötig sind.“

Im Klartext heißt das: wir werden die Schuldenkrise von Griechenland und den anderen Ländern in der EU dazu nutzen, eine neoliberale Politik aufzuzwingen, die Stellung der stärksten Kapitale weiter zu stärken und deren Profite strategisch sicherzustellen. Damit versucht das Europa des Kapitals das nachzuholen, was die Lissabon-Agenda bereits für 2010 angesteuert hat: Europa solle zum stärksten Wirtschaftsraum, sprich zum stärksten Imperialisten in der Welt aufsteigen. Auch Obama dürfte diese Ankündigung verstanden haben; aber ob er und seine Geldgeber da so erfreut drüber sind, darf bezweifelt werden.

„Spanischer Frühling“



Spanische Demonstrant_innen in
Barcelona, Mai 2011. (Bild:
flickr.com / joancg)

Nach starken Protesten in Griechenland, Frankreich, und Italien wird nun auch Spanien durch eine Massenbewegung erschüttert. In den letzten Tagen gingen hunderttausende Menschen in allen wichtigen Städten auf die Straßen um gegen Arbeitslosigkeit, Korruption, Sparpakete und die Regierung zu demonstrieren.

Kapitalistische Misere und Widerstand

Spanien ist innerhalb der EU eines der am stärksten durch die Wirtschaftskrise betroffenen Länder. Eine Krise am Immobilienmarkt und im Tourismus, die enorme Arbeitslosigkeit (21%), und die katastrophale Staatsverschuldung machen Politik und Wirtschaft zu schaffen. Wie immer muss die breite Masse der Bevölkerung dafür herhalten, und so wurde, wie in den meisten europäischen Ländern, ein brutales Sparpaket beschlossen.

Die jetzigen Proteste werden hauptsächlich von der „Bewegung 15. Mai“ initiiert, welche soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter zur Mobilisierung nutzt. Die Bewegung richtet ihren Protest gezielt gegen die Großparteien, die sozialdemokratische PSOE und die konservative PP und wird zu großen Teilen von Jugendlichen getragen. Sie sind am meisten von den wirtschaftlichen Problemen Spaniens, die von der Finanzkrise und der jetzigen hohen Staatsverschuldung ausgelöst wurden, betroffen. 40% der Jugendlichen in Spanien haben keine Arbeit und die, die eine haben bekommen, dort auch nicht wirklich viel, um davon anständig leben zu können. Zu Recht ist die spanische Jugend über die Missstände wütend, denn

sie haben ja die Krise nicht verursacht, müssen aber jetzt darunter leiden. Ende Mai fanden Kommunal- und Regionalwahlen in Spanien statt, bei welchen die sozialdemokratische Regierungspartei PSOE stark abgestraft wurde – zu Gunsten der rechten PP. Die Wahlen wurden zudem genutzt, um Demonstrationsverbote gegen die Bewegung durchzusetzen. In einigen Städten ging die Polizei massiv mit Gummigeschossen und Knüppeln gegen die Demonstranten vor. Jedoch sind die meisten Plätze mittlerweile wieder besetzt.

Perspektive

Die Bewegung hat sich nach ägyptischem Vorbild den Platz „Puerta del Sol“ in Madrid besetzt und ein Protestcamp aufgezogen. Die Menschen dort haben sich Strukturen geschaffen um Reinigung, Kommunikation und Versorgung zu organisieren. Eine Schwäche der Bewegung ist jedoch ihr scheinbar „unpolitischer“ Protest. Die Ablehnung der bürgerlichen Politik der großen Parteien darf nicht zur Folge haben, die Entwicklung einer eigenen politischen Perspektive zu verleugnen. Aber auch der pazifistische Charakter der Bewegung ist eine große Gefahr, wie man unschwer bei den Angriffen der Polizei in den vergangenen Tagen sehen konnte. Hinzu kommt, dass die großen Gewerkschaften und die organisierte Arbeiterklasse nicht in die Bewegung eingebunden zu sein scheinen. Für Revolutionäre ist es daher momentan extrem wichtig die Isolierung der Bewegung zu bekämpfen, aber vor allem eine Perspektive für die kommende Zeit zu geben. Sie müssen die berechtigten Forderungen nach mehr Demokratie aufgreifen und zugleich aufzeigen, dass der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist diese umzusetzen. Die Proteste müssen daher auch mit der dahinterstehenden Klassenfrage und einer proletarischen Krisenlösung verbunden werden.

Bin Laden tot - und jetzt?

Die US- Regierung hat bekannt gegeben, dass eine ihrer Spezialeinheiten Osama Bin Laden am ersten Mai in Nord Pakistan erschossen hätten. Die eitle Selbstgratulation der Führer der westlichen Regierungen ist schnell in ein schamloses Medienspektakel umgeschlagen. Jeder Repräsentant der „freien Welt“ sah sich dazu verpflichtet den Tod Bin Laden´s als einen „Sieg für die Gerechtigkeit und Freiheit der Welt“ zu erklären.

Alle Medien berichteten von dem Ereignis. Von den tagtäglichen Kämpfen und dem Leiden im Irak und Afghanistan ist hingegen berichten sie nicht. Wie viele Menschen dort täglich durch die Kugeln aus imperialistischen Gewehren sterben, ist für sie eine nebensächliche Sache.

Nicht lange zuvor hatten Premierminister und Präsidenten erklärt, dass dem internationalen Terrorismus ein ernsthafter Schlag zugeführt worden wäre, die Militärinterventionen in Afghanistan und Pakistan gerechtfertigt seien und die USA wieder einmal die Welt vor der Tyrannei bewahrt hätten. Diese Erklärungen kamen von Führern imperialistischer Staaten an deren Händen das Blut von zehntausenden Afghanen, Irakern und Pakistanern klebt.

Während Bin Laden jahrelang dazu genutzt wurde, um dem „War on Terror“ ein Gesicht zu geben, war die Jagd nach ihm immer nur eine zweitrangige Sache. Im Vordergrund stand immer die Unterwerfung des afghanischen oder irakischen Widerstandes unter die geostrategischen und ökonomischen Interessen des Imperialismus in dieser Region.

Davor hatten amerikanische und westliche Regierungen fast zwanzig Jahre lang Bin Laden und seine Gefolgsleute mit Equipment, finanzieller Unterstützung und professionellem Training unterstützt. Mit dem gleichen Ziel, wegen dem heute tausende Soldaten im nahen Osten stationiert sind.

Die gleiche Politik setzt sich jetzt in Libyen fort und wird sich auch in Afghanistan, Pakistan und dem Irak weiter fortsetzen, solange die westlichen Truppen und ihre Schergen nicht durch die Bevölkerung dort vertrieben werden.

Letzten Endes hat der Tod Bin Ladens die Welt nicht sicherer gemacht. Es war kein Sieg für die „Freiheit“ oder ähnliches. Das Ereignis wird von der US-Regierung als Erfolg ihrer Kriege verkauft und wird als Rechtfertigung für weiteren Krieg und das Elend von hunderttausenden in dieser Region, sowie Überwachung und staatliche Repression direkt vor unserer Haustür dienen.

Die Reaktionen in den USA zeigen, dass Obama eine sehr gute Position hat, um das auch innenpolitisch zu nutzen.

Der Tod von Osama Bin Laden, wird die Welt nicht sicherer machen, nicht für den „Westen“ und schon gar nicht für die Menschen im Nahen Osten. Weder der staatliche Terror der USA und der EU, noch der individuelle Terror von Al Quaida etc. hängen von einzelnen Personen ab. Die Heuchelei wird sich daran zeigen, dass der „Krieg gegen den Terror“ keineswegs beendet sein, ja nicht einmal nennenswert beeinflusst werden wird.

REVOLUTION tritt daher fuer folgende Punkte ein:

- Besatzer raus aus dem Irak!
- Besatzer raus aus Afghanistan!
- Besatzer raus aus Palästina!
- Besatzer raus aus Lybien!
- Krieg dem Krieg, Niederlage fuer alle imperialistischen Besatzer!

5 Gründe warum wir ausländische Interventionen in Libyen ablehnen

Seit zwei Kriegsschiffe näher an die Libysche Küste beordert wurden und

verschiedenen Ländern ein Überflugverbot diskutieren, steigt die Wahrscheinlichkeit eines Einmarsches ausländischer Truppen in Libyen.

Und warum sollten sozialistische Gruppen, wenn Diktator Gaddafi einen brutalen Krieg gegen sein eigenes Volk führt, einen Einmarsch ausländischer Truppen, seien es die der USA, NATO oder UN- ablehnen?

Den Militaristen und Kriegstreibern entgegen stellen!

Dieser Artikel entstand vor der NATO-Sicherheitskonferenz im Februar 2011 in München, ist aber nach wie vor in seinen Kernaussagen aktuell.

Was will/ist die Sicherheitskonferenz?

Jedes Jahr am ersten Februarwochenende trifft sich die kapitalistische Politik/Militär Elite in München zur sogenannten „Sicherheitskonferenz“ (Siko). Neben zahlreicher politischer Prominenz der NATO Staaten geben sich dort Rüstungslobbyisten und die „Think Tank's“, die Intellektuellen von NATO und Rüstungsindustrie, die Klinke in die Hand - „Bedrohungskonferenz“ wäre eher angemessen als Titel.

Dort wird diskutiert und bestimmt, gegen wen die westlichen NATO Staaten in den Krieg ziehen, wie die aktuellen Besatzungsregime und Einsätze koordiniert werden und welche künftigen „Bedrohungen“ oder Aufgaben für die NATO Kriegsallianz anstehen. Dieses Jahr gab der Veranstalter Ischinger (Ex Diplomat, CSU) folgenden Titel der Siko bekannt: „Internationale Sicherheitspolitik vor neuen Herausforderungen: Von der Finanzkrise zum Cyberwar“.

Die Finanzkrise war natürlich auch für die Militärstrategen wichtig, schließlich überlegen viele Staaten derzeit die Budgets für Militärausgaben zu kürzen, sogar die BRD hat 2 Milliarden Euro im Sparpaket vorgesehen. Entsprechend besorgt ist die Rüstungsindustrie, entsprechend sind auch die

meisten Verträge inzwischen ausgelegt. Verteidigungsminister zu Guttenberg musste sogar zugeben, dass der Rücktritt von diesen Verträgen meist mehr kostet, als sie regulär zu bezahlen. Die Großaufträge sind so meistens abgesichert, d.h. die nächste Aufrüstung der westlichen Staaten ist sicher, brauchen wir nur noch die Ziele für die neue Kriegsgüter.

Ischinger stellte dar, warum denn diese Siko und Militärpolitik für den „normalen“ Bürger (also für den, der dafür bezahlen darf) wichtig ist. Deutschland sei abhängig von sicheren Handelswegen für Import und Export, in den Handelsregionen müssen „stabile“ Verhältnisse herrschen, nur dann seien „sichere“ Lebensverhältnisse für Deutschland und die EU überhaupt zu gewährleisten.

Für solche Feststellungen trat der letzte Bundespräsident Köhler noch zurück, da sogar viele aus der schwarz-gelben Regierung überrascht waren von so viel „ehrlicher“ Kriegsbegründung.

Besonders die Finanzkrise hat die internationale Konkurrenz um Rohstoffe, Märkte und Profite der imperialistischen Staaten weiter verschärft, speziell durch den neuen Konkurrenten China. Diese Interessen müssen verstärkt durchgesetzt werden, mit Sanktionen, Krieg und Besatzung, genau das sind die Themen der Siko.

Die Rolle Deutschlands

Im Vorfeld streuten einige deutsche „Think Tank's“, u.a. mit Ex-Verteidigungsminister Rühe (CDU), strategische Gedanken zur Rolle Deutschlands in der internationalen Kriegspolitik. Dort wurde vor zu viel „Unilateralismus“ der BRD gewarnt, d.h. Deutschland setzte zu sehr auf nationale Interessen, speziell während der Euro-Krise und hätte die europäische Rolle der BRD, nämlich als EU-Führungsmacht, zu wenig im Blick.

Wer glaubt, dass hier eine Kritik an der Standortpolitik der BRD fürs deutsche Kapital während der Finanzkrise versteckt ist, wird enttäuscht sein – diese Strategen bemängeln die fehlende Führung der EU durch Deutschland. Besonders die geostrategische Bedeutung von Deutschland soll gestärkt werden, schließlich stellen die „Experten“ fest, dass die USA sich Richtung Pazifik drehen und es in Europa um die Vergabe der Regionalmachtposition geht. Bis jetzt sind die USA weiterhin auf dem europäischen Kontinent die Militär -und Sicherheitspolitik bestimmende Macht, allein schon über die

stationierten Atomwaffen der USA. Nah dem Willen der „Think Tank's“ sollen die Stützpunkte mittelfristig abgebaut werden und stattdessen die EU die militärische Führung übernehmen, natürlich unter deutscher Führung.

So wird auch fast das halbe Kabinett aus der BRD auflaufen, nachdem in den letzten zwei Jahren erfolgreich das deutsche Kapital bedient wurde, auf das es noch erfolgreicher die europäischen Märkte beherrscht und ausbeutet, darf nun die Politik wieder ein bisschen von Weltmacht träumen.

Nur dumm das derzeit die deutsche Öffentlichkeit mal wieder erfährt, wie es in so einer imperialistischen Armee eigentlich aussieht. Geöffnete und zensierte Feldpostbriefe, Schikanen und Foltermethoden speziell für AnfängerInnen, Vergewaltigung und Belästigung – das ist keine „starke Truppe“, das ist eine Sau-Truppe. Da bröckeln sogar die Umfragewerte für Mediendarling zu Guttenberg, der nebst Frau und Kerner einen Höhepunkt der Stimmungsmache für Krieg an der „Heimatfront“ (Sat.1) organisierte. Derzeit erfahren wir auch sehr viel über die psychologischen Erfahrungen im Krieg, bei „Tatort und Anne Will“ wird vermittelt, dass der/die deutsche Landser sich doch nur die Unterstützung zu Hause wünscht, als wenn das irgendetwas an den Erfahrungen oder Erkrankungen der Betroffenen ändern würde. Niemand stellt Fragen nach den Opfern unter der Bevölkerung, z.B. nach den Angehörigen der Toten vom Luftangriff 2009 als mindestens 120 Menschen starben, oder den Zehntausenden seit Beginn der Besatzung oder den vielen Binnenflüchtlingen in Afghanistan.

Schon oft konnte die Öffentlichkeit hören, was für einen „Korpsgeist“ bei vielen Einheiten der Bundeswehr vorherrscht. Viele Standorte und Einheiten beziehen sich auf die „ruhmreiche“ Vergangenheit im Dienst des deutschen Imperialismus, ähnlich aktuell sind auch die Rituale, speziell für OffiziersanwärterInnen. Dort soll schließlich geschult werden, wer künftig die SoldatenInnen in den Tod für deutsche Kapitalinteressen schickt, welchen Geistes Kind, oder besser welches Bewusstsein dort vorherrscht, kann man ahnen bei den aktuellen Berichten.

Gegen Bundeswehr, NATO, Krieg und Besatzung!

Wie sehr die NATO und die imperialistischen Staaten an „Sicherheit“ interessiert sind, werden wir vielleicht bald in den revoltierenden Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten sehen. Die demokratische Revolution in Tunesien, die revolutionäre Situation in Ägypten, die Proteste und Unruhen

in Algerien, Jordanien, Marokko und dem Jemen bedrohen die Vorherrschaft der NATO und speziell der USA in dieser Region. Nicht umsonst sprechen viele in der EU schon von der strategischen Verantwortung der EU im „Mittelmeerraum“, die politische Entwicklung ist derzeit völlig offen. Sobald Kräfte gestärkt werden, die nicht automatisch als Vasallen der NATO Staaten dort regieren (wie die Vorgängerregierungen), wird die NATO auch militärisch eingreifen müssen. In diesem Fall müssen wir sofortige Solidarität und Unterstützung hier organisieren, wir müssen hier als KriegsgegnerInnen auch den Freiheitskampf in der gesamten Region unterstützen.

Als kommunistische Jugendorganisation unterstützen wir von REVOLUTION schon einige Jahre die Proteste gegen die Konferenz der Kriegstreiber und Imperialisten. Auch dieses Jahr gibt es ein breiten Bündnis zwischen Gewerkschaften, Parteien, Friedensinitiativen und antiimperialistischen und sozialistischen Organisationen. Wir rufen dazu auf, diese Proteste zu unterstützen!

- Kein Frieden mit der NATO!
- Ende der Besatzung in Afghanistan – Abzug aller Truppen!
- Bundeswehr raus aus der Schule – weg mit den Jungoffizieren und stattdessen antimilitaristische Bildungsangebote!

Neustart im Widerstand gegen die Krise!

Anti – Krisen Demos am 12.6

14.6.2010

Am 12.6 gingen in Berlin und Stuttgart ca. 45 000 Menschen auf die Straße, unser Protest hatte die gemeinsame Überschrift – „Wir zahlen nicht für eure Krise“ und „Die Krise heißt Kapitalismus“. Das bundesweite Bündnis und die

verschiedenen lokalen Bündnisse hatten im März 09 in Frankfurt/Main und Berlin schon Demos mit der gleichen Überschrift veranstaltet, jetzt also die Weiterführung dieser Proteste. In Stuttgart und Berlin gingen Gewerkschaften, Parteien, soziale Initiativen, antikapitalistische und sozialistische Gruppen gemeinsam auf die Straße.

Gerade das verabschiedete Sparpaket und die erneuten Milliardenbürgschaften für den Finanzmarkt in den letzten Wochen, hatten der Mobilisierung neuen Schwung gegeben und viele Gruppen und Parteien neu ins Boot geholt. Bei allen besteht Einigkeit darüber, dass Kapital und Staat die Krise auf Kosten der Mehrheit, auf Kosten der Arbeiter_innen, Arbeitslosen, der Jugend und der Rentner lösen will und wir dagegen gemeinsamen Widerstand brauchen. Insoweit waren die Proteste am 12.6. ein Erfolg, es gelang ein möglichst breites Bündnis zu schmieden und so passend zu den aktuellen Sozialangriffen der Bundesregierung Protest auf die Straße zu bringen.

Ebenfalls behielten jene Kräfte recht, die sich von Beginn an für eine Mobilisierung zum Frühsommer aussprachen U.a. gingen wir davon aus, dass es nach den Landtagswahlen in NRW zu schärferen Sozialangriffen kommen von Seiten der Bundesregierung musste, ebenso davon dass die Krise noch lange nicht vorbei ist.

Genau am Abend der NRW Wahl wurde der € Fond in Höhe von 750 Milliarden aufgelegt. Seit der Krise Griechenlands werden Sozialangriffe angeschoben, erst Griechenland, dann Portugal, Spanien, Italien, Großbritannien und Deutschland. Der neue britische Premier Cameron brachte seine Regierungspolitik ganz einfach auf den Punkt – der britischen Bevölkerung steht „ein Jahrzehnt des Leidens bevor“. Damit sind besonders die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gemeint.

Der Verlauf der Krise

Fast zwei Jahre nach Beginn der Wirtschaftskrise gibt es jetzt den umfassenden Angriff von Kapital und Staat in der EU. Dieser Angriff folgt verspätet. Dies hat Gründe in der Krise und in den Besonderheiten der EU. Während in den USA Millionen Beschäftigte entlassen wurden und der Staat

für ca. 24 Billionen \$ Bürgschaften ausgab, herrscht in der EU ein bitterer Konkurrenzkampf. Vor allem die Großmacht Deutschland will in der EU die Krise nutzen, um die eigene Position zu stärken und die vorherrschende Rolle der deutschen Kapitals auszubauen.

Für die deutschen Großkonzerne ist der europäische Markt entscheidend für die imperialistische Stellung in der globalen Konkurrenz gegenüber den USA und Japan, in der EU werden die Exportprofite gemacht. Nun hat Deutschland die eigene Schuldenbremse (bis 2016 ohne Neuverschuldung) in der EU durchgesetzt, durch die Spekulationen gegen den Euro zahlte Deutschland historisch wenig für seine Kredite (teilweise unter 3%), während die griechischen, portugiesischen und spanischen Anleihen mit Extrazins und Profit gehandelt wurden. Die deutsche Bank verbuchte im 1. Quartal 2010 einen Gewinn von 3 Milliarden €, Commerzbank (mit 15 Milliarden vom Staat subventioniert) und die Hypo Real Estate (mit 125 Milliarden vom Staat übernommen) machten bei der griechischen Spekulation mit – die Auslöser der Krise sind weiterhin die größten Profiteure!

Am Abend der NRW Wahl wurde dann 750 Milliarden € Fond für Staatsanleihen aufgelegt, nachdem die Finanzmärkte an den bisherigen Spekulationen schon gut verdient hatten, sollte dann eine größere Spekulation auf den € als Ganzes folgen. Wie schon bei den Immobilienkrediten und den zahlreichen Konjunkturpaketen werden die Verursacher der Krise durch neue Staatsverschuldung ausbezahlt – die 750 Milliarden sind das nächste Geschenk für die Finanzmärkte. Die Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden € der BRD für 2010 soll nun bis 2013 auf Lasten der Arbeitslosen und der Beschäftigten abgebaut werden, laut Kanzlerin Merkel hatten wir „über unsere Verhältnisse gelebt“. Wie weiter im Widerstand?

Die Demonstrationen vom 12.6 müssen ein neuer Beginn des bundesweiten sozialen Widerstand gegen die Krisenpolitik von Kapital und Staat sein! Wir müssen verstärkt daran arbeiten in allen größeren Städten lokale Widerstandsbündnisse aufzubauen, dieses Signal ist von den Demos ausgegangen. Auch müssen wir mehr Gruppierungen in die Bündnisse holen, die Anti - Krisen Bewegung kann alle sozialen Kämpfe integrieren und diese

zusammen führen, dies ist entscheidend für den Aufbau einer Massenbewegung.

Dabei dürfen wir uns jetzt nicht von der Medienpropaganda spalten lassen! Die Explosion eines Böllers bei der Demo in Berlin wird als „Mordanschlag“ bezeichnet, somit sollen Teile des Widerstands als „terroristisch“ abgestempelt werden. Sollte der Boller tatsächlich von einem Demonstranten gezündet worden sein, so lehnen wir dies politisch natürlich ab. Aber wir verstehen, aus welchen sozialen Situationen sich Menschen mit radikalen und isolierten Aktionen versuchen auszudrücken – dies ist letztlich Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse. Genau wie die Polizei mit Spalier, kampfbereiten Hunden, Knüppelinsatz, Quarzhandschuhen und Pfefferspray in Aktion ist und ständig die Demo provoziert. Gegen die mediale Hetze müssen wir solidarisch zusammen stehen, unser Protest darf sich nicht von der Presse spalten lassen.

Den Sparangriffen der Bundesregierung und den Landesregierungen müssen wir mehr entgegen stellen als zwei Großdemonstrationen. Gemeinsam müssen die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Jugend und die Rentner den Sozialabbau bekämpfen und müssen das Kapital dort treffen wo es empfindlich ist – in den Betrieben, in der Produktion! Auf den Demos wurde oft der Generalstreik gegen die Krise gefordert und diskutiert – die Bündnisse müssen diese Diskussion aufnehmen. Wir brauchen eine konkrete Aktionsplanung für den Herbst 2010, müssen gemeinsam mit dem Widerstand in Europa unsere Proteste koordinieren.

Um die Krisenbewegung in eine antikapitalistische Massenbewegung weiter zu entwickeln müssen wir uns einiger Widerstände bewusst sein. Schon die Proteste vom März 2009 wurden nicht konsequent weitergeführt, so verlor diese Bewegung ein ganzes Jahr. Am 12.6 waren die Probleme sichtbar – in Stuttgart sollte der SPD Fraktionschef von BaWü sprechen, SPD und Grüne sprangen in letzter Minute auf den Protest auf und versuchten diesen auch zu vereinnahmen. Zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie wurde der kritische und oppositionelle IGM Gewerkschafter Tom Adler als Redner abgesetzt, anstelle dessen sprach der SPD Fraktionschef Schmiedel.

Dass die Parteien der Agenda 2010 und Hartz4 sich nun als soziale Opposition generieren wollen ist nur weiterer Versuch reformistischer Täuschung. Gleichzeitig bietet SPD Chef Gabriel der schwarz-gelben Koalition Zusammenarbeit an. Die Krisenbündnisse müssen sich gegen diese Vereinnahmung wehren! Ebenso müssen wir von den versammelten Gewerkschaften und der Linkspartei praktische Konsequenzen ihres Protestes abverlangen. Gemeinsam mit den Aktivist_innen in den Gewerkschaften und in den Betrieben müssen wir das Ende der Sozialpartnerschaft fordern! Die Gewerkschaftsführungen haben sich bislang als optimale Handlanger des Kapitals erwiesen. Anstelle von Widerstand und Streik gab es Kurzarbeit und „Abwrackprämie“ – die Gewerkschaftsführungen mobilisierten nicht gegen die Krise – sie waren voll eingebunden in der Politik von Kapital und Staat. Von der Linkspartei brauchen wir nicht nur die Solidarität für eine Demonstration, wir wollen auch praktische Konsequenzen der Linkspartei sehen, in den Landesregierungen von Berlin und Brandenburg. Derzeit fordert die Linkspartei zwar öfter Steuern für die Reichen, doch bietet sie sich zeitgleich für jede Regierung mit SPD und Grünen an – wir müssen die Partei beim Wort nehmen und sie und ihre Basis in den Widerstand gegen die Krise drängen!

Für die weitere Entwicklung der Proteste brauchen wir eine Vereinigung vom Bildungsstreik, der Anti Krisen Demos, den sozialen Bewegungen und kämpfenden Belegschaften. In gemeinsamen Aktionskonferenzen sollten wir tatsächlich einen „heißen Herbst“ planen. Dieser wurde so oft angekündigt, doch fiel die letzten Jahre auch regelmäßig aus. Beim Europäischen Sozialforum Anfang Juli in Istanbul gibt es die Möglichkeit, ein europäisches Aktionsbündnis aufzubauen. Wir brauchen einen europaweiten Aktionstag gegen Kapital und Staat. Wir müssen gemeinsam mit den Beschäftigten Griechenlands, Spaniens und Portugal auf die Straße gehen und können jetzt den Protest in Frankreich, Italien und Deutschland beginnen.

In dieser zweiten Juniwoche waren am Mittwoch 85.000 beim Bildungsstreik aktiv und 45 000 bei den Anti Krisendemos – ca. 130.000 zeigten ihren Widerstand gegen die Politik von Staat und Kapital. Wir von REVOLUTION

wollen gemeinsam mit den Aktivist_innen aus den Protesten den Widerstand aufbauen und mehr lokale Bündnisse schaffen – lasst uns den Sozialangriffen der Regierung entschlossen antworten: Eure Krise zahlen wir nicht!

Gemeinsam gegen Krise, Krieg und Kapitalismus kämpfen!

1.Mai-Aufruf 2010 von Arbeitermacht und REVOLUTION

Die Krise sei vorbei, das „Schlimmste“ vorüber. Jetzt dürfe der „Aufschwung“ nicht gestört werden. So verkündet es die Regierung, so mahnen „Wirtschaftsweiser“, die nie vergessen zu betonen, dass jetzt auch „gespart“ werden soll. Bei wem? Bei uns, den Beschäftigten, Erwerbslosen, SchülerInnen, Studierenden, RentnerInnen, MigrantInnen, Frauen. Die Krise geht weiter.

- Die Erwerbslosen sollen weiter entrechtet und das Hartz-IV System der Zwangsarbeit und Sanktionen verschärft werden.
- Billigjobs, Leiharbeit, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse werden ausgebaut. Während die Zeitarbeitsbranche boomt, stagnieren oder brechen Tariflöhne auf breiter Front ein.
- Öffentliche Dienstleistungen von Schwimmbädern, über Kultureinrichtungen bis zum Nahverkehr sollen weiter gekürzt, geschlossen oder privatisiert und verteuert werden.
- Die Kopfpauschale droht und damit die weitere Zerschlagung des Systems der Sozialversicherung.
- Die Rente mit 67 zwingt Menschen länger zu arbeiten und ihre Gesundheit vollständig zu ruinieren oder auf einen Teil der ihnen zustehenden Altersvorsorge zu verzichten.
- An Schulen und Unis drohen weitere Kürzungen und Privatisierungen. Das duale Ausbildungssystem liegt am Boden. Für immer mehr

Jugendliche gibt es keine Zukunft. Die Jugendarbeitslosigkeit steigt und mit ihr die Hetze gegen arbeitslose Jugendliche.

- Mädchen, Frauen und MigrantInnen sind von der Entwicklung besonders stark betroffen.

Die Merkel-Regierung - und v.a. deren Speer-spitze FDP - will den Generalangriff ihrer Vorgängerregierungen auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse weiter forcieren. Der drohende Staatsbankrott in Griechenland, aber auch die dortigen Kämpfe und Massenstreiks gegen die Pläne von Staat, Kapital und der EU sind ein Vorbote kommender Klassenkämpfe. Die Frage ist: Schaffen es Staat und Kapital, die Kosten der Krise auf die Massen abzuwälzen, demokratische Freiheiten weiter einzuschränken, die Arbeiterbewegung und den Widerstand zu schlagen oder aber sind wir in der Lage, das zu verhindern?

Und die Gewerkschaften?

Angesichts der massiven Probleme und Angriffe, angesichts Hunderttausender, die bereits entlassen oder in Kurzarbeit sind, ist der Widerstand hierzulande bisher schwach. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Führungen der Gewerkschaften, der SPD, aber auch der Linkspartei sich geweigert haben, den vorhandenen Widerstand auf der Strasse und in den Betrieben zu unterstützen, auszuweiten und die gesamte Klasse zu mobilisieren. Die SPD unter „Oppositionsführer“ Steinmeier blinkt zwar gelegentlich ein bisschen „linker“. Ansonsten gebärdet sie sich aber wie ein Koalitionspartner der CDU im Wartestand, der v.a. das Kapital überzeugen muss, dass er „vernünftiger“ regieren kann als Schwarz-Gelb.

Obwohl den Gewerkschaftsführungen die Basis wegbricht, stecken sie ihren Kopf weiter in den Sand und verkaufen „ihre“ Belegschaften im Bett mit den Unternehmerverbänden. Die IG Metall fordert neuerdings bei Tarifrunden schon gar nichts mehr, solange nur der „Standort“ samt „Kernbelegschaft“ erhalten bleibt. Diese Politik demobilisiert, desorientiert, spielt Beschäftigte gegeneinander aus, statt sie im Kampf gegen die Krise branchenübergreifend und international zu vereinen. Sie ist der Weg in die Niederlage. Sie wird die Regierungen und die Unternehmer nicht „besänftigen“, sondern zu weiteren

Angriffen ermutigen. Die Linkspartei setzt dem wenig bis gar nichts entgegen. Kein Wunder, denn schließlich will sie nicht gegen den Verrat der Gewerkschaftsführer und der SPD kämpfen, sondern mit diesen – wie in den Landesregierungen Berlin und Brandenburg – ins Geschäft kommen.

Eine kämpferische Massenbewegung gegen die Krise ist notwendig!

Dabei ist die Regierung keineswegs unüberwindbar. Sie ist unbeliebt. Ihre „Reformen“ sind unpopulär. Millionen wissen, dass sie nur die Banken und Konzerne gerettet hat. Nicht nur die Regierung, sondern auch der Kapitalismus selbst ist in Misskredit geraten. Mehr noch: Die Bildungsstreiks in den letzten Jahren und die Uni-Besetzungen haben gezeigt, dass sich 100.000e zu wehren beginnen. 2010 wird die Bewegung weitermachen – in NRW am 5. Mai und mit dem bundesweiten Streiktag am 9. Juni. Diese Bewegung koordiniert sich inzwischen auch international, der Bolognagegengipfel in Wien im März war ein Anfang. Auch in den Betrieben gab es im letzten Jahr Protestaktionen, die mehr einforderten, als das sozialpartnerschaftliche Ritual vieler Konzernbetriebsräte und der Gewerkschaftsspitzen.

Doch diese Ansätze verpuffen nur allzu leicht und bleiben isoliert, wenn sie zu keiner Bewegung verbunden werden, die auch wirklich etwas bewegen kann, die eine Perspektive für die große Masse der Lohnabhängigen weist. Daher ist der Aufbau einer Bewegung gegen die Krise unbedingt notwendig.

Ohne die Millionen Beschäftigten, die von Entlassungen, Verzicht, Kurzarbeit, Zeitarbeit, Billiglohn und gleichzeitig von Überstunden und steigender Arbeitshetze betroffen und bedroht sind, kann kein ausreichender ökonomischer und politischer Druck entwickelt werden, um die Regierung und das Kapital in die Knie zu zwingen. Wir müssen uns der Aufgabe stellen, eine solche Bewegung aufzubauen, die in den Gewerkschaften, in den Betrieben, bei Arbeitslosen, Jugendlichen und MigrantInnen verwurzelt ist! Wir wollen alle Bereiche von Protest und Widerstand unterstützen und verbinden: Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen, Besetzungen, Streik, die Bildungsbewegung, Kampf gegen Faschismus, Rassismus und imperialistischen Krieg! Dazu brauchen wir kämpferische, von der Basis

direkt bestimmte und kontrollierte Strukturen wie Anti-Krisen-Bündnisse und Aktionskomitees. Diese müssen lokal verankert, bundes- und europaweit koordiniert werden!

Um das soziale Gewicht der Arbeiterklasse in die Waagschale werfen zu können, brauchen wir eine klassenkämpferische Opposition in Betrieb und Gewerkschaft – als Alternative zu den reformistischen Führungen! Eine Bewegung, die für den politischen Massenstreik gegen die Angriffe eintritt, diesen von den Gewerkschaftsführungen einfordert und von unten zu organisieren beginnt.

Dafür gegen wir am 1. Mai auf die Straße! Deshalb unterstützen wir anti-kapitalistische oder klassenkämpferische Blöcke auf verschiedenen DGB-Demos! Deshalb rufen wir zur Teilnahme an den revolutionären 1. Mai-Demos auf! Deshalb treten für ein Sofortprogramm gegen die Krise ein, dass wir der gesamten Arbeiterbewegung vorschlagen:

- Kampf gegen alle Entlassungen! Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Weg mit den Hartz-Gesetzen! Mindestlohn von 11 Euro/Std. netto und steuerfrei, Arbeitslosengeld/Mindesteinkommen für RentnerInnen, Studierende, SchülerInnen ab 16 von 1.600 Euro/monatlich!
- Nein zu Kopfpauschale, Rente 67 und allen anderen Angriffe auf Sozialleistungen: Zwingt die Unternehmen und Vermögensbesitzer zur Kasse!
- Die Kapitalisten müssen zahlen! Entschädigungslose Eineignung der großen Konzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle!
- Sofortiger Abzug der Bundeswehr und aller NATO- und EU-Truppen aus Afghanistan und allen anderen fremden Gebieten! Bundeswehr raus aus den Schulen und den Universitäten!
- Freier und kostenloser Zugang zu allen Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zur Hochschule! Keine Privatisierung! Ausreichende Finanzierung der Einrichtungen durch den Staat! Kontrolle der Einrichtungen durch Komitees von Jugendlichen, Lehrenden/Erziehenden, Eltern und den Gewerkschaften!
- Nein zur rassistischen Hetze gegen Muslime und MigrantInnen! Keine

Abschiebung von Flüchtlingen! Offene Grenzen und volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Stoppen wir gemeinsam Aufmärsche der Nazis und Rassisten am 1. Mai und im ganzen Jahr!

- Solidarität mit dem Widerstand gegen imperialistischen Krieg und Besatzung! Gemeinsamer, europaweiter und internationaler Kampf gegen Abwälzung der Krisenkosten auf die Lohnabhängigen!

Vom Kampf gegen die Krise zum Kampf für die Revolution!

Ein solcher gemeinsamer Kampf wäre ein entscheidender Schritt, um aus der aktuellen Defensive in die Offensive zu kommen. Wir müssen uns dabei jedoch eines vor Augen halten: die aktuelle kapitalistische Krise kann nicht durch einen reinen Abwehrkampf, durch die Verhinderung von Einschnitten und Kahlschlag, auch nicht nur durch eine Reihe Reformen überwunden werden. Ein erfolgreicher Abwehrkampf wird vielmehr die Gegensätze in der Gesellschaft verschärfen. Schon jetzt schränken die Regierung und die Unternehmer demokratische Rechte ein, bauen Überwachung, Kontrolle und Bespitzelung in der Öffentlichkeit und den Betrieben aus.

Das zeigt, dass die Herrschenden wissen, dass es grundsätzlich darum geht, wer die weitere Entwicklung der Gesellschaft bestimmt: Kapitalisten oder Arbeiterklasse! Das sehen wir auch so. Wir wollen die Kämpfe gegen die Krise und deren Verursacher dafür nutzen, jene Kräfte zu stärken, die den Kapitalismus als Ursache von Ausbeutung, Unterdrückung, von Krisen, Krieg und Umweltzerstörung stürzen wollen. Wir wissen, der Kapitalismus wird immer Krisen hervorbringen. Er zerstört die Umwelt und damit die Lebensgrundlagen der Menschheit. Er verurteilt Millionen und Abermillionen zu Hunger, Armut, Elend und Tod. Die großen Mächte wie die USA oder Deutschland konkurrieren am Weltmarkt. Sie besetzen ganze Länder oder drohen ihnen mit Sanktionen und Krieg, wenn sie nicht willfährig zu Diensten sind.

Dieses System kann nicht „menschlich“ gestaltet und reformiert werden. Es muss beseitigt, es muss gestürzt werden, wenn wir eine Zukunft ohne Krise, Krieg und ökologische Katastrophen haben wollen.

Dazu ist eine politische Kraft, eine Organisation, eine neue, revolutionäre Fünfte Inter-nationale nötig, die dieses Ziel verfolgt, die den Kampf gegen die Krise, gegen aktuellen Angriffe mit dem Kampf zum revolutionären Sturz dieses Systems verbindet - mit dem Kampf für die sozialistische Weltrevolution.